

3 Ex.

27.11.72

27.11.1972

810108

Information des ZK der KPdSU

Der sowjetischen Seite liegen Informationen vor, unter anderem aus westdeutschen Quellen, die die in letzter Zeit in der Westpresse erschienenen Meldungen über die Äußerungen Tschou En-lais bei seinen Gesprächen mit Scheel im Oktober dieses Jahres bestätigen. Wie aus diesen Äußerungen hervorgeht, gibt die chinesische Führung, indem sie die Entwicklung der Beziehungen mit Westdeutschland anstrebt, offen die Interessen der deutschen Arbeiterklasse, die Interessen des Sozialismus und des Friedens in Europa preis.

Tschou En-lai bezog in seinen Gesprächen mit Scheel eine negative Haltung zu der von den sozialistischen Ländern betriebenen Entspannungspolitik, zu deren Linie auf die völkerrechtliche Fixierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges. Er äußerte "Zweifel" an der Dauerhaftigkeit des "neuen Vertragssystems" in Europa und riet der BRD, bei der Durchführung ihrer Ostpolitik "mehr Wachsamkeit" zu üben. Dabei trachtete er Scheel davon zu überzeugen, daß "die Russen niemals ihre Vertragsverpflichtungen eingehalten haben". Tschou En-lai behauptete ferner, daß die UdSSR angeblich "heimliche Aggressionsabsichten" sowohl in Europa als auch in Asien habe, die sie nach einem Erfolg in den Verhandlungen mit dem Westen verwirklichen werde: zuerst gegen die VR China und Japan, und dann werde Europa an die Reihe kommen.

Die VR China, so sagte Tschou En-lai, werde sich einer gesamt europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit sowie einer Verminderung der Rüstungen und Streitkräfte in Europa widersetzen, weil die Lösung der genannten Probleme "die Positionen jener stärkt, die die Einheit unserer Völker bedrohen." Tschou En-lai gab zu verstehen, daß der NATO-Block gestärkt werden müsse, weil er eine positive Rolle bei der Zurückdrängung der UdSSR spielt. Er erklärte außerdem, daß Europa, wie auch Japan, des "amerikanischen nuklearen Schirms" bedürfe.

In der Frage der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten goß Tschou En-lai faktisch Wasser auf die Mühle der revanchistischen, nationalistischen Kräfte der BRD. Demagogisch erklärte er, daß die Chinesen gegen die Spaltung der Nation seien. Die VR China gehe davon aus, daß auf dem Territorium Deutschlands zwei Staaten

existieren, es aber "unverständlich ist, wenn manche von zwei Nationen sprechen." Tschou En-lai nannte die Spaltung Deutschlands "wider-natürlich" und verschwieg dabei nicht zufällig, daß die Spaltung von den herrschenden Kreisen der BRD gemeinsam mit den drei West-mächten vollzogen worden ist.

Nach Tschou En-lais Auffassung stehe für die BRD und die VR China das gleiche Problem der Vereinigung der Nationen, und deshalb müßten sie gemeinsam gehen. "Wir verstehen die Hoffnungen des deutschen Volkes auf die Wiedervereinigung", sagte Tschou En-lai. Er versicherte Scheel, daß die VR China keine Einwände dagegen erheben wird, alle von ihr mit der BRD zu schließenden Verträge auch auf Westberlin auszudehnen.

Nach Scheels Meinung hat Tschou En-lai in der deutschen Frage voll und ganz die Haltung der BRD unterstützt. Scheel gelangte auch zu dem Schluß, daß die chinesische Führung, wenn sie ihre Beziehungen mit der BRD entwickelt, ständig bestrebt sein wird, unter Spekulation auf die Idee der Vereinigung der Nationen einen Keil zwischen die UdSSR und die BRD zu treiben. Tschou En-lai betonte im Gespräch, daß "die geteilten Nationen Deutschland, Vietnam, Korea und China in der UdSSR ihren ärgsten Feind" hätten, der sich ihrer Vereinigung widersetzt.

Als Ergebnis der in Peking geführten Gespräche gelangte Scheel zu der Überzeugung, daß es für die BRD schädlich wäre, "die Ostpolitik gegen eine Fernostpolitik einzutauschen", wie das von der Opposition vorgeschlagen wird. Aber gerade Tschou En-lai hat im Gespräch mit Scheel, wenn auch in delikater Form, einen solchen Gedanken suggeriert.

Information des Zk der KPdSU

Wie die Praxis zeigt, nehmen die Führer der KP Chinas zwar gewisse Korrekturen an ihrer Politik vor, verstärken aber zugleich den Kampf gegen die sozialistische Gemeinschaft, gegen die internationale kommunistische und die gesamte revolutionäre Bewegung.

Eine Besonderheit der gegenwärtigen Tätigkeit der Führung der KPCh besteht darin, daß sie nicht nur die Propaganda von Ideen und Zielsetzungen fortsetzt, die dem Marxismus-Leninismus und den von den internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien erarbeiteten Schlußfolgerungen diametral zuwiderlaufen, sondern auch in zunehmendem Maße praktische Aktionen gegen die sozialistischen Länder und kommunistischen Parteien, gegen alle auf antiimperialistischen Positionen stehenden fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte unternimmt.

In jüngster Zeit hat sich die Gruppe um Mao Tse-tung auf den Weg der offenen Blockbildung mit den "linken" und rechten Revisionisten, mit den Nationalisten verschiedenster Spielart, mit den Trotzlisten, Anarchisten und sonstigen Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse begeben und unterstützt in vielen Fällen faktisch die imperialistische Außenpolitik.

Zugleich sind die Pekinger Führer bestrebt, die nationale Befreiungsbewegung für ihre Großmachtinteressen einzuspannen und sie deshalb von der sozialistischen Staatengemeinschaft und von der internationalen Arbeiterbewegung zu lösen.

Im Lande selbst legt es die Gruppe Mao Tse-tungs offenkundig darauf an, die Verantwortung für die Schwierigkeiten, die das

chinesische Volk durch die Schuld der Pekinger Führung erdulden muß, auf ihre politischen Gegner abzuwälzen. Zu diesem Zweck werden Lin Piao und seine Anhänger aller Todsünden beschuldigt. Ihnen wird die Absicht unterstellt, in China den Kapitalismus restaurieren, ein faschistisches Regime errichten zu wollen usw. Zugleich sind die Maoisten gezwungen, sich angesichts der harten Beschuldigungen zu rechtfertigen, die von den oppositionellen Kräften gegen sie erhoben werden und die ein zutreffendes Bild der gegenwärtigen Lage in der VR China zeichnen. Wie aus den Materialien der "Affäre Lin Piao" hervorgeht, vertreten die Gegner Mao Tse-tungs die Auffassung, daß "die politische Situation im Lande nicht stabil ist", "die Volkswirtschaft stagniert", "der Lebensstandard des Volkes sinkt", "der maoistische Sozialismus in Wirklichkeit ein Sozialfeudalismus" ist, der bestehende Staatsapparat einen "fleischwolf der gegenseitigen Vernichtung" darstellt, "die Arbeiterklasse in China einer verhüllten Ausbeutung ausgesetzt ist" usw. In dieser Situation dient die Aktivierung der außenpolitischen Tätigkeit als ein Mittel, mit dessen Hilfe die Maoisten die Aufmerksamkeit des chinesischen Volkes von den inneren Problemen abzulenken trachten.

Die Pekinger Führer haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine tiefgreifende Umorientierung der gesamten Außenpolitik der VR China vorgenommen. Ihr grundlegender Wesenszug besteht nunmehr darin, dem Kurs der sozialistischen Staaten und der Linie der kommunistischen Bewegung aktiv entgegenzuwirken. Im engen Zusammenhang damit steht das unverhüllte Bestreben Maos und seiner Gruppe, das Schwergewicht ihrer Bemühungen auf die Entwicklung der Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern zu verlegen.

Die europäische Sicherheit. Peking macht Front gegen die von den kommunistischen Parteien 1967 in Karlovy Vary und auf der Moskauer Beratung 1969 vereinbarte Generallinie, es erschwert vorsätzlich den Kampf der sozialistischen Länder für die Umwandlung Europas in einen Kontinent des dauerhaften Friedens; die chinesischen Führer machen in diesem Zusammenhang kein Hehl aus ihrer schroff negativen Einstellung zu den Verträgen der UdSSR und Polens mit der BRD und zu dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin, sie unterstützen die reaktionäre Fragestellung von der Wiederherstellung der Einheit der "deutschen Nation", was im Grunde genommen auf die Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland hinausläuft. In Peking betrachtet man mit offenkundigem Unmut die "Ostpolitik" Willy Brandts und setzt auf die extrem rechten und revanchistischen Kräfte, wovon die Verhandlungen der chinesischen Führer mit Schröder, die Geheimkontakte mit Strauß und die provokatorischen Äußerungen Tschou En-lais in seinen Gesprächen mit Scheel Zeugnis ablegen. China führt eine Kampagne gegen die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Wie die Chinesen selbst in Gesprächen mit westlichen Politikern zugeben, befürchtet Peking, daß die gesamteuropäische Konferenz "den Zusammenschluß der westeuropäischen Länder zu einem Bündnis behindern" und "die Vertreibung der Amerikaner aus Europa" fördern könnte. Tschou En-lai erklärte offenherzig, daß man in Peking an einem Erfolg der gesamteuropäischen Konferenz nicht interessiert ist und beabsichtigt, einen "bestimmten Einfluß" auf die in Europa vor sich gehenden Prozesse zu nehmen. In diesem Zusammenhang ist zweifellos auch die Tatsache zu sehen, daß China angesichts der Politik der konservativen Regierung Heath den Beitritt

Großbritanniens zur EWG prononciert unterstützt. Die Gespräche Homes in Peking bestätigen, daß die Führer der KPCh bestrebt sind, sich der EWG als einer Kraft zu bedienen, die der Politik der sozialistischen Länder entgegenwirkt. Dabei hegen die chinesischen Führer die Hoffnung, daß Großbritannien eine führende Rolle beim Zusammenschluß des gegen die sozialistische Gemeinschaft gerichteten "westlichen Bündnisses" spielen werde.

Die Probleme der Abrüstung. China wendet sich gegen alle Vorschläge und Initiativen der sozialistischen Länder, deren Realisierung geeignet wäre, einen merklichen Fortschritt bei der Lösung des Abrüstungsproblems - darunter und vor allem auch der nuklearen Abrüstung - zu bewirken.

Peking weigert sich nicht nur kategorisch, den zu diesen Fragen bereits geschlossenen Abkommen beizutreten, sondern versucht diese auch auf jede Weise zu diskreditieren. Die Chinesen lassen keinen Wunsch erkennen, sich an der Arbeit des Genfer UNO-Ausschusses zu beteiligen. Sie entfesselten lauthals eine demagogische Kampagne, um den überall in der Welt breite Unterstützung findenden Vorschlag der UdSSR zur Einberufung einer Konferenz der fünf Kernwaffenmächte und einer Weltabrüstungskonferenz sowie alle anderen Initiativen zu sabotieren, die den Verzicht auf die Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen zum Ziel haben. Peking ist bemüht, sich in den Verlauf der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Beschränkung der strategischen Rüstungen einzumischen, es solidarisiert sich faktisch mit dem militärisch-industriellen Komplex der USA und rät den herrschenden Kreisen dieses Landes, den Wettlauf der nuklearen Rüstung fortzusetzen, "um nicht gegenüber der Sowjetunion ins Hintertreffen zu geraten".

Die sozialistischen Länder und andere fortschrittliche Kräfte haben bekanntlich lange Zeit beharrlich dafür gekämpft, daß die imperialistischen Staaten gezwungen werden, den Gedanken der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und des Verbots der Kernwaffen für ewige Zeiten anzuerkennen. Auf der XXVII. UNO-Vollversammlung wurde eine dementsprechende Resolution eingebracht. Der Vertreter Chinas sprach sich jedoch gegen ihre Annahme aus. Damit stellte sich die Gruppe Mao Tse-tung erneut in einen Gegensatz zur Sache des Friedens und des Sozialismus, beging also erneut einen Akt des Verrats an den grundlegenden Interessen der fortschrittlichen Menschheit. Die Pekinger Pseudorevolutionäre gerieten damit wieder einmal in eine üble Gesellschaft, diesmal Seite an Seite mit den portugiesischen Kolonialherren und den südafrikanischen Rassisten.

Die Tätigkeit in der UNO. Das nach der Wiedereinsetzung Chinas in seine legitimen Rechte in dieser internationalen Organisation vergangene Jahr hat gezeigt, daß die chinesischen Führer die UNO vor allem für den Kampf gegen die Linie der sozialistischen Länder und für die Torpedierung der außenpolitischen Bemühungen der friedliebenden Staaten zu benutzen gedenkt. Die programmatische Rede des Pekinger Vertreters während der Generaldebatte auf der letzten UNO-Vollversammlung löste unter den Delegierten vieler Staaten der sogenannten "dritten Welt" Enttäuschung aus. Viele von ihnen sind der Auffassung, daß China eine Großmacht-politik betreibt und auf der internationalen Bühne egoistische Ziele verfolgt, daß die mit großem Stimm Aufwand verkündeten Deklarationen über die Solidarität mit den antiimperialistischen Kräften in der praktischen Politik Pekings keine Bestätigung finden.

Wie Vertreter afrikanischer und asiatischer Länder feststellen, werden ihnen von chinesischen Diplomaten in der UNO, die die Unterstützung der Linie Pekings verlangen, "die Arme ausgerenkt". Dabei gingen sie "schlimmer als die Amerikaner" vor und griffen gegenüber einigen Staaten zu offenen Drohungen.

Die Politik in Asien. In Verfolgung hegemonistischer Ziele widersetzen sich die Führer der KPCh entschieden der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in diesem Raum. Gut bekannt sind die Haltung Pekings im Zusammenhang mit dem Konflikt auf dem Indischen Subkontinent, das offene Bündnis mit den reaktionären Kreisen Pakistans gegen die nationale Befreiungsbewegung, die unfreundliche Politik gegenüber Indien und Bangladesch. Bezeichnend ist die Eile, mit der Peking Annäherung an Japan sucht, wobei es den herrschenden Kreisen dieses Landes wesentliche Zugeständnisse macht. Die chinesischen Führer ermutigen ständig die japanischen Imperialisten, Gebietsansprüche gegenüber der Sowjetunion zu erheben und von unserem Land zu verlangen, den südlichen Teil Sachalins und alle Kurileninseln an Japan abzutreten. Offizielle chinesische Persönlichkeiten machen in Aussprachen mit Botschaftern sozialistischer Länder kein Hehl daraus, daß Peking "gemeinsam mit Japan" über alle Angelegenheiten in Asien entscheiden möchte, daß China mit den Japanern "übereingekommen" sei, "sich der Einmischung anderer Länder" in asiatische Probleme "zu widersetzen". Und gleichzeitig treten sie für die Fortsetzung der amerikanischen Präsenz in Asien ein, worüber Tschou En-lai offen mit den nach Peking gekommenen amerikanischen Kongreßabgeordneten gesprochen hat.

Der Krieg in Vietnam. Besonders heuchlerisch und treubruchig ist die Haltung der chinesischen Führer gegenüber der DRV und dem heldenhaften vietnamesischen Volk. Seit 1965, d. h. seit dem

Beginn der Eskalation der amerikanischen Aggression in Vietnam, haben sich die Sowjetregierung und die Regierungen anderer sozialistischer Staaten mehrfach an die Regierung der VRCh gewandt, die damals die Führung der DRV allein auf den militärischen Weg der Lösung des Problems des Kampfes gegen die amerikanische Aggression drängte, und vorgeschlagen, gemeinsame Aktionen zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes zu unternehmen, aber stets eine negative Antwort erhalten. Heute dagegen üben die Pekinger Führer, nachdem sie den Weg der Normalisierung der Beziehungen mit den USA eingeschlagen haben, auf die DRV einen Druck aus, um sie zu unbegründeten Zugeständnissen zu veranlassen, bestrebt, einerseits die Amerikaner zu "akkompagnieren" und andererseits ihre Positionen in den Ländern Indochinas zu festigen.

Die Nahostkrise. China weicht gemeinsamen Aktionen der UdSSR und anderer Länder aus, die auf eine friedliche, politische Lösung des Konflikts und auf die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression gerichtet sind. Zugleich ermuntert es offen und insgeheim diejenigen, die eine Verschärfung der militärischen Konfrontation im Nahen Osten anstreben.

Das sind Tatsachen, die heute die ganze Welt kennt. Sie weisen darauf hin, daß die nationalistische, antisozialistische Logik die Pekinger Führer soweit gebracht hat, daß das China Mao Tse-tungs faktisch aus dem Kampf gegen den Imperialismus ausscheidet und sich in seiner internationalen Tätigkeit immer mehr auf eine Konfrontation mit den Ländern des Sozialismus, auf einen Zusammenschluß mit deren Feind, dem Imperialismus, orientiert.

Für alle liegt klar auf der Hand, daß Peking gegenwärtig seine Partner vor allem im Lager der Reaktion sucht. Es hat auf die

Kritik des amerikanischen, britischen und japanischen Imperialismus verzichtet und ist bestrebt, einen Block der verschiedensten Staaten, unter ihnen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie kapitalistische Länder in West und Ost, zum Kampf gegen die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft zusammenzuzimmern. China geht Bündnisse mit verschiedenen nationalistischen und antikommunistischen Kräften ein in der Hoffnung, mit ihrer Hilfe und Unterstützung die Positionen des Weltsozialismus und der gesamten revolutionären Bewegung zu schwächen. Im Kampf gegen die UdSSR scheuen die Pekinger Führer nicht davor zurück, mit den erbittertesten Feinden unseres Landes, einschließlich des Emigrantenabschaums, zusammenzuarbeiten. Sie nehmen z. B. die Hilfe lettischer Emigranten in Anspruch, die eine böswillige antisowjetische Tätigkeit betreiben, und versuchen, unter den wütenden Feinden der UdSSR, die im Dienste solcher antikommunistischen Zentren wie der Rundfunkstationen "Stimme Amerikas" und "Free Europe" stehen, ihre Agenten zu werben. Als Korrespondenten in Peking sind Journalisten akkreditiert, die den schmachvollen Ruhm schmutziger Sowjethasser genießen. Zu ihnen gehört z. B. der nicht unbekannte Korrespondent der englischen "Times" Bonavia, der seinerzeit wegen übelster antisowjetischer Erfindungen aus der UdSSR ausgewiesen wurde. Gleichzeitig suchen die Klassenfeinde der Werktätigen, die Gegner des Sozialismus Annäherung an Peking - gewissermaßen als Lohn für dessen Antisowjetismus und Antikommunismus. Es ist kein Geheimnis, daß zu den wichtigsten Beweggründen der "Welle der Anerkennung" des maoistischen Regimes in der kapitalistischen Welt die bewaffneten Provokationen der Pekinger Machthaber an der sowjetischen Grenze im Jahre 1969 gehörten.

Der Kurs Chinas auf die sogenannte Normalisierung seiner Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern (vor allem den USA, England, der

BRD, Frankreich und Japan) ist nicht etwas Isoliertes, sondern ergibt sich aus seiner Globalstrategie.

Es ist bezeichnend, daß die Pekinger Führer, die auf bedeutende Zugeständnisse an die kapitalistischen Staaten, auf Kompromisse eingehen, die sogar die nationalen Interessen der VRCh berühren, gleichzeitig alle unsere Vorschläge zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China zurückweisen. Wichtig ist auch noch ein anderer Umstand. Die Führung der KPCh, die weitgehende Kontakte zu bürgerlichen Parteien aufnimmt, nicht ausgeschlossen die am weitesten rechts stehenden, ignoriert demonstrativ die revolutionären Kräfte in den kapitalistischen Ländern, vor allem die kommunistischen Parteien. Darüber hinaus kommt es nicht selten vor, daß führende Persönlichkeiten Pekings bürgerlichen Staatsmännern unumwunden erklären, sie wünschten nicht, mit den kommunistischen Parteien in deren Ländern irgend etwas gemein zu haben.

Bekanntlich wird es in Peking als Rechtfertigung dieser Linie so dargestellt, als kämpfe China für seine nationalen Ziele und verteidige die Interessen der "kleinen" und "mittleren" Länder. Dazu haben die chinesischen Führer auch die heuchlerische "Theorie" von den "Supermächten" ins politische Spiel gebracht. Die antisowjetische Speerspitze auch dieser für die Imperialisten nützlichen Theorie ist jetzt ganz deutlich sichtbar geworden. Selbst der bürgerlichen Presse ist aufgefallen, daß die "Pekinger Volkszeitung", wenn sie von den Supermächten schwätzt, die UdSSR jetzt beim Namen nennt, die USA dagegen nur als "die andere Supermacht" bezeichnet.

Die Pekinger Führer lassen jetzt nicht einmal die Möglichkeit zu, ihre Beziehungen zur Sowjetunion ernstlich zu überprüfen. Im Gegenteil, sie setzen den Kurs auf die Errichtung zusätzlicher "Sperrren" auf dem Wege zur Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Bezie-

hungen fort, gehen weiterhin mit der provokatorischen und an den Haaren herbeigezogenen These von einer "Bedrohung aus dem Norden" hausieren, die auch von der imperialistischen Propaganda des Westens geschäftig aufgegriffen wurde. Es ist bezeichnend, daß sogar Home und seine Begleiter, wie die britische Presse schrieb, nach den Aussprachen in Peking von der "Besessenheit Chinas" vom Antisowjetismus verblüfft waren.

Die Sowjetunion hat sich mit dem Vorschlag an die VRCh gewandt, einen zweiseitigen Vertrag über Nichtanwendung von Gewalt, einschließlich sowohl herkömmlicher als auch Raketen- und Kernwaffen, abzuschließen und der chinesischen Seite den Entwurf eines solchen Vertrages unterbreitet. Die chinesische Führung hat diesen konstruktiven sowjetischen Vorschlag zurückgewiesen.

Die chinesischen Führer setzen den Kurs auf Anheizung der Spannungen an der Grenze zur UdSSR fort, konzentrieren dort Truppen, die sie von der Küste gegenüber Taiwan und von der chinesisch-vietnamesischen Grenze dorthin verlegen. Die Gesamtzahl der Truppen der VRCh, die entlang der sowjetisch-chinesischen Grenze stationiert sind, beträgt mehr als zwei Millionen Mann. Entlang der Grenze werden zahlreiche Militärsiedlungen angelegt und wird intensiv an verschiedenen militärischen Objekten gebaut. Die chinesische Seite bricht die Vereinbarung über die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze, die zwischen den Regierungsoberhäuptern der UdSSR und der VRCh während des Treffens am 11. September 1969 erzielt worden war. Allein in den letzten sechs Monaten des Jahres 1972 begingen die Chinesen mehr als 360 Grenzverletzungen, darunter 311 vorsätzliche, und widerrechtliche Einfälle in sowjetisches Gebiet. Danach werden diese Vorfälle von den Machthabern der VRCh als "Beweis" dafür ausgegeben,

daß diese Gebiete, in die chinesische Bürger eingedrungen sind, chinesische Gebiete seien.

In den Verhandlungen in Peking weigerte sich die chinesische Seite hartnäckig, die Erörterung der Hauptfrage - die Präzisierung des Grenzverlaufs an einzelnen Abschnitten - und die Ausarbeitung eines neuen Grenzvertrages in Angriff zu nehmen; sie zeigt nicht den geringsten Wunsch, ernsthafte Verhandlungen zu führen und zu einer Vereinbarung zu gelangen. Beispielsweise verlangen die Chinesen, noch vor der Überprüfung des Grenzverlaufs und seiner Präzisierung, den Grenzschutz weit in die Tiefe des sowjetischen Territoriums zurückzuziehen, wodurch die sowjetische Bevölkerung faktisch ohne Schutz bliebe. Die Gebiete, auf die die chinesische Seite unbegründete Ansprüche erhebt und die sie für "umstritten" erklärt, liegen auf sowjetischem Gebiet, wo seit Generationen Sowjetmenschen leben und arbeiten; von chinesischer Bevölkerung waren diese Gebiete niemals bewohnt.

- folgt S. 12 -

Die chinesische Führung versucht, die internationale Öffentlichkeit irrezuführen und chauvinistische, antisowjetische Stimmungen innerhalb des Landes durch ausgeklügelte Territorialansprüche und durch Redereien über eine angeblich in der Vergangenheit stattgefundene Eroberung von 1,5 Millionen km² chinesischen Territoriums durch Rußland zu schüren.

Die Sowjetunion war stets und ist der Auffassung, daß es zwischen der UdSSR und der VRCh keine Territorialfrage und keine Grenzfrage gibt, da sich die gesamte heutige sowjetisch-chinesische Grenze historisch herausgebildet hat und der Grenzverlauf durch gültige Vertragsdokumente festgelegt wurde. Der Sowjetstaat anerkennt und schützt diese Grenze zu China seit nunmehr über 50 Jahren, d.h. seit dem Augenblick seiner Bildung. Das bedeutet nicht, daß es nicht notwendig wäre, an einzelnen Abschnitten zwischen der UdSSR und der VRCh eine Präzisierung des Grenzverlaufs vorzunehmen, und zwar dort, von keine Demarkation vorgenommen wurde oder sich wesentliche Veränderungen des Geländereiefs vollzogen haben (vor allem an den Flüssen Amur und Ussuri). Deshalb schlug die UdSSR wiederholt vor, durch Verhandlungen zu einer einheitlichen Auffassung über die Grenze in ihrer gesamten Ausdehnung (über 7.000 km) zu gelangen und das in einem entsprechenden Dokument zu fixieren.

Die Pekinger Führer nutzen die Tatsache aus, daß die Verhandlungen vertraulichen Charakter haben und die Öffentlichkeit nicht darüber informiert ist, welche Positionen die Seiten dabei einnehmen, und

inspirieren ein "Durchsickern von Informationen", wobei sie ihre Haltung im günstigen Licht darstellen und die Schuld für das Fehlen eines Fortschritts bei den Verhandlungen auf die Sowjetunion abwälzen. Es ist offensichtlich, daß sie die Verhandlungen nicht als Mittel zur Lösung ungelöster Fragen betrachten, sondern als eine Form des Kampfes gegen die Sowjetunion. Obwohl die Verhandlungen bis heute keine positiven Ergebnisse gezeigt haben, richtet die Sowjetunion ihre Anstrengungen weiterhin auf die Erzielung einer Regelung der Grenzfrage entsprechend den Grundinteressen des sowjetischen und des chinesischen Volkes.

Die chinesische Seite lehnt fast alle unsere Vorschläge ab, deren Verwirklichung zur Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen auf staatlicher Ebene führen könnte.

In der VRCh läßt die antisowjetische Kampagne nicht nach, sondern verstärkt sich immer mehr. In der chinesischen Presse werden ständig Beiträge veröffentlicht, die Ausfälle gegen die verschiedenen Aspekte der Außen- und Innenpolitik der KPdSU enthalten. Es ist bekannt, daß in einem Artikel der drei führenden chinesischen Presseorgane vom 1. Oktober 1972 die Sowjetunion als "Feind" bezeichnet wird, der "gefährlicher ist, als die imperialistischen Staaten alten Typus". In gleichem verleumderischen Sinne äußern sich auch offizielle Persönlichkeiten Chinas. So erklärte Tschou En-lai im Oktober d.J. in einem Gespräch mit dem Korrespondenten der englischen Zeitung "Times": "Die Sowjetunion ist zaristischer als die Zaren, sie ist imperialistischer als der alte Imperialismus, ja die Vereinigten Staaten von Amerika wären sogar dem sogenannten sozialistischen

System Rußlands vorzuziehen". Einige Auftritte der Vertreter der VRCh in der Vollversammlung der UNO grenzen an richtiges Rowdytum. Zugleich stellen die Pekinger Politiker und Propagandisten, die eine offene Verleumdung der KPdSU und des Sowjetstaates betreiben, die Sache in demagogischer Weise so dar, als würde das, was sie über unsere Partei und Regierung sagen und schreiben, sich nicht auf die sowjetischen Kommunisten und das Sowjetvolk beziehen.

Unsere Partei und die Regierung der UdSSR, die den verleumderischen Ausfällen der chinesischen Propaganda gegen die Politik der KPdSU und des Sowjetstaates eine entschiedene Abfuhr erteilen, unternehmen zugleich alles, was in ihren Kräften steht, um die Freundschaft und die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen dem sowjetischen und dem chinesischen Volk wiederherzustellen. Wir lassen die Tür zur Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen offen. Es kommt nur auf die chinesische Seite an.

Gegenüber dem sozialistischen System verfolgt die chinesische Führung weiterhin den Kurs der Spaltung.

Indem die Pekinger Führer für die Erweiterung und Festigung des "Gemeinsamen Marktes" und anderer Gruppierungen der kapitalistischen Staaten eintreten, richten sie zugleich ihre Ausfälle gegen die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Warschauer Verteidigungsvertrages.

Zugleich versuchen die Führer Pekings gewissermaßen mit einigen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft zu flirten, schlagen sogar vor, die bilateralen Beziehungen zu normalisieren und sie, laut Ausführungen offizieller chinesischer Vertreter, auf eine Ebene zu heben, auf der sie sich "in besseren Zeiten" befanden. Sie unterstreichen jedoch nachdrücklich, daß das nicht die Sowjetunion betrifft. Mehr noch, in der Praxis wenden sie ein "differenziertes Herangehen" an, indem sie die Ebene ihrer Beziehungen zu sozialistischen Ländern vom Entwicklungsstand der Beziehungen dieser Länder zur Sowjetunion abhängig machen. Mit anderen Worten sind die Führer der KPCh nach wie vor bestrebt, die Bruderländer gegeneinander auszuspielen, sie vor allem in Gegensatz zur Sowjetunion zu bringen, die sozialistische Staatengemeinschaft zu erschüttern und ihre internationalen Positionen zu schwächen. Die chinesischen Führer schrecken nicht einmal vor direkten Kontakten mit der konterrevolutionären Emigration aus sozialistischen Ländern zurück.

Peking nimmt gegenüber der internationalen kommunistischen Bewegung nach wie vor feindliche Positionen ein. Aber auch hier war die Führung der KPCh gezwungen, nachdem sie im ideologischen Frontalangriff gegen unsere Bewegung eine Niederlage erlitten hatte und es ihr nicht gelungen war, unserer Bewegung den Maoismus als eine "Generallinie" aufzuzwingen, die Taktik zu verändern. Den Schwerpunkt seiner spalterischen Tätigkeit hat Peking jetzt auf den politischen Kampf gegen das praktische Programm der Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte verlagert, das auf der Moskauer Beratung 1969 erarbeitet worden war.

Das bestätigt nicht nur der Widerstand Pekings gegenüber den abgestimmten außenpolitischen Aktionen der Bruderländer und -parteien zu grundlegenden internationalen Problemen, worüber schon die Rede war, sondern auch der veränderte Charakter des Verhältnisses der Führer der KPCh zu den von ihnen in verschiedenen Ländern gebildeten promaoistischen Gruppen. Wahrscheinlich hat man in Peking verstanden, daß es gegenwärtig nicht möglich ist, mit ihrer Hilfe eine breite und einflußreiche "maoistische Bewegung" zu schaffen, und das um so weniger, als durch die Zickzacklinien der Außenpolitik Chinas die Position dieser Gruppen ernsthaft untergraben und der Wert der ultralinken Phraseologie der Maoisten vor der ganzen Welt entlarvt wurde. Die Führer der KPCh haben in ihrer Unterstützung für viele dieser Gruppen sichtlich nachgelassen, sie jedoch nicht eingestellt. Peking versucht, sie jetzt in erster Linie für die Propagierung seines außenpolitischen Kurses auszunutzen und empfiehlt ihnen sogar, die antisowjetischen Positionen der reaktionärsten Kreise zu unterstützen. Es ist z.B. bekannt, daß Tschou En-lai in einem Gespräch mit dem Führer der australischen Maoisten Hill ihn und seine Gruppe aufgefordert hat, "mit allen Kräften zusammenzuarbeiten, selbst mit den reaktionärsten, wenn sie gegen die Sowjetunion auftreten".

Es vollzieht sich auch eine wesentliche Veränderung der Taktik Pekings gegenüber den Bruderparteien nichtsozialistischer Länder. Faktisch hat die KPCh jetzt grobe Ausfälle auf die Mehrheit der kommunistischen Parteien eingestellt. Gleichzeitig

will sie ein Nachlassen der begründeten Kritik des internationalen Kurses Chinas in der kommunistischen Bewegung erreichen, gewissermaßen die Bruderparteien auf eine "neutrale" Position in der chinesischen Frage zu drängen, indem sie die Chinafrage als einen "Streit zwischen der KPCh und der KPdSU" darstellt. In dieser Hinsicht ist es charakteristisch, daß Peking versucht, die "Kulturrevolution" zu veredeln, sie als eine schöpferische Anwendung des Marxismus auf die spezifischen nationalen Bedingungen Chinas, als den "chinesischen Weg zum Sozialismus" darzustellen. Kennzeichnend ist es auch, daß der Kult um Mao Tse-tung in der chinesischen Propaganda in Richtung Ausland in der letzten Zeit eingedämmt ist. Beachtenswert ist auch der Umstand, daß die Führung der KPCh bestrebt ist, das Interesse der Öffentlichkeit westlicher Länder für China zur Druckausübung auf die kommunistischen Parteien, zu denen Peking vorläufig demonstrativ keine Kontakte unterhält, zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist auch das Streben der Pekinger Führer zu sehen, eine Annäherung an einflußreiche Kräfte außerhalb der kommunistischen Bewegung, insbesondere an die Sozialdemokratie zu erreichen (Einladung Nennis, Benns usw. nach China). Zugleich verzichtet die Gruppe Mao Tse-tungs in einigen Fällen auch nicht auf einen direkten Druck auf die Bruderparteien, auf Versuche einer groben Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten (Verhältnis der Führung der KPCh zur kommunistischen Partei Japans, die Positionen, die sie im Zusammenhang mit den Ereignissen in Sudan und auf der Halbinsel Hindostan einnahm).

Man darf jedoch nicht übersehen, daß trotz aller dieser taktischen Veränderungen das Hauptziel Pekings bestehen bleibt: Schwächung und Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung, das Ausspielen der Abteilungen unserer Bewegung gegeneinander, die Hintertreibung ihrer abgestimmten gemeinsamen Handlungen auf internationaler Ebene.

Somit hat Peking nicht nur den Marxismus-Leninismus verraten, er ist von den einzelnen, für unsere gemeinsame Sache schädlichen politischen Aktionen, von den verleumdnerischen Ausfällen auf die abgestimmten Positionen der sozialistischen Bruderländer und kommunistischen Parteien zum Kampf gegen den Sozialismus und gegen unsere Bewegung an der gesamten Front übergegangen. Im internationalen Klassenkampf handelt er zugunsten der Gegner des Sozialismus, der Gegner des Friedens und des sozialen Fortschritts der Menschheit. Nicht zufällig versucht die imperialistische Propaganda, in ihrer Auseinandersetzung mit den revolutionären Kräften sich des Maoismus maximal zu bedienen. Eben zu diesem Zweck entfachen die bürgerlichen Massenmedien in der letzten Zeit den "Chinakult", popularisieren seine "Errungenschaften", machen Reklame für seine außenpolitische Konzeption.

Alles das ruft Besorgnis und Unruhe bei den Kommunisten der ganzen Welt hervor. Die entstandene Situation nüchtern

einschätzend, sieht das ZK der KPdSU, welche Gefahr die Linie Pekings heute darstellt, welchen Schaden sie dem Weltsozialismus, der gesamten kommunistischen Bewegung, dem Friedenskampf, dem Kampf um die Sicherheit und Freiheit der Völker und dem Kampf für den Sozialismus zufügen kann und zufügt. Zugleich sind wir der Auffassung, daß es Möglichkeiten zur Neutralisierung der zersetzenden Tätigkeit der Führer der KPCh in der revolutionären Bewegung gibt, um die gefährlichen Folgen der faktischen Blockbildung der chinesischen Führung mit dem Klassengegner in internationalen Angelegenheiten abzuwehren.

Wir gehen davon aus, daß der Erfolg in dieser Sache im entscheidenden Maße von den Anstrengungen aller Bruderparteien abhängt. Seinerseits will das ZK der KPdSU auch in Zukunft der Spalterstrategie der maoistischen Führung Chinas aktiv entgegentreten. Dabei messen wir der Notwendigkeit, die politischen Aktionen Pekings auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens rechtzeitig, fundiert, von Klassenpositionen aus einzuschätzen, erstrangige Bedeutung bei. Wir halten es für wichtig, den breiten Massen

der Werktätigen das Wesen und die wahren Ziele der Linie der chinesischen Führer zu erläutern, hinter welchen revolutionären und friedliebenden Phrasen sie sich auch verbergen mögen. Besondere Bedeutung gewinnt jetzt die überzeugende, beweiskräftige Erläuterung des Zusammenhangs, der zwischen der Ideologie und Praxis des Maoismus einerseits und der Ideologie und Praxis des Antikommunismus andererseits besteht. Das ZK der KPdSU wird auch weiterhin gemeinsam mit allen Bruderparteien einen konsequenten Kampf gegen alle und jedwede Versuche Pekings führen, die Geschlossenheit unserer Bewegung zu untergraben, ihre Formationen voneinander zu trennen oder sie in einen Gegensatz zueinander zu bringen.

Das ZK der KPdSU beabsichtigt, auch künftig mit den Bruderparteien anderer Länder einen Meinungsaustausch über prinzipielle Fragen des Verhältnisses zur KPCh, des Kampfes gegen die zersetzende Tätigkeit der Maoisten in der kommunistischen Bewegung und in der sozialistischen Staatengemeinschaft, im nationalen Befreiungskampf und an der antiimperialistischen Front zu pflegen.

Vermerk über das Gespräch beim Kandidaten des Politbüros
und Sekretär des ZK der KPdSU, Genossen B.N. Ponomarjow,
am 27. Februar 1973 in Moskau
=====

Gen. Ponomarjow brachte einleitend zum Ausdruck, daß er sich sehr freut, die Delegation unter der Leitung des Gen. Axen in Moskau begrüßen zu können.

Gen. Axen faßte kurz die Fragen zusammen, über die wir uns mit dem ZK der KPdSU konsultieren möchten (entsprechend der Konzeption). Er beglückwünschte Gen. Ponomarjow zum großen Sieg der Friedensregelung in Vietnam, zu dem die Sowjetunion einen entscheidenden Beitrag geleistet hat. Er dankte für die große Unterstützung, die die KPdSU und die Sowjetunion der DDR bei der Durchbrechung der internationalen Blockade erwiesen hat.

Zu den von Gen. Axen gestellten Fragen machte Gen. Ponomarjow folgende Ausführungen:

Der Sieg in Vietnam ist unser gemeinsamer Sieg. Der USA-Imperialismus wurde gezwungen, nach 8 Jahren Krieg ohne positive Ergebnisse aus Vietnam abzuziehen. Die Tatsache, daß der Krieg den USA 50.000 Tote, 350.000 Verwundete kostete und 8.000 Flugzeuge und Hubschrauber, die abgeschossen wurden, forderte, zeugt von den harten Auseinandersetzungen. Der Krieg hat einen allgemeinen Haß gegen die USA hervorgerufen. Sicherlich wird es noch zu großen Schwierigkeiten bei der Realisierung des Abkommens kommen. Trotzdem

ist es ein großer Sieg des vietnamesischen Volkes, das heldenhaft gekämpft hat. Wir haben dabei mit Raketen, Panzern, Brennstoff und Brot geholfen. Das hat nicht wenige Milliarden Rubel gekostet.

Die Durchbrechung der internationalen Blockade der DDR ist ebenfalls ein Erfolg unserer gemeinsamen Sache. Die Festigkeit der Positionen der DDR zwang den Imperialismus, die alten Positionen aufzugeben. Wir dürfen jedoch keine Selbstzufriedenheit zulassen, weil der Imperialismus alle Möglichkeiten des Drucks nutzen wird. Der Kampf der zwei Systeme setzt sich fort.

1. Zur kommunistischen Weltbewegung

Die Führung der KPdSU schätzt die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung seit der Internationalen Beratung im Jahre 1969 positiv ein

- die Beratung wurde trotz des Widerstandes der chinesischen Führer durchgeführt
- die Beratung wurde auf marxistisch-leninistischer Grundlage durchgeführt. Das charakterisiert auch ihre Dokumente
- die Parteien, die während der Beratung eine schwankende Position einnahmen, haben die Dokumente nachträglich als Grundlage ihrer Arbeit bestätigt (die KP Großbritanniens schrieb einen Brief an die KPdSU in dem sie mitteilte, daß sie auf der Grundlage der in Moskau angenommenen Dokumente steht).

In einem Gespräch mit dem Gen. Carillo stellten führende Genossen der KPdSU fest, daß die KP Spaniens nur eine schwache Propaganda über den realen Sozialismus führt. Sie fragten Gen. Carillo, auf welche Weise ein Fortschritt erreicht werden soll, wenn die KP Spaniens ausschließlich kritische Bemerkungen zum realen Sozialismus publiziert. Daraufhin kam es zu einer gewissen Verbesserung. Aber bereits jetzt ist erneut der alte Zustand festzustellen.

Die KP Spaniens unterhält relativ breite Kontakte in Spanien. Das ist gut, aber wichtig wäre vor allem, daß die Partei ihren Einfluß in der Arbeiterklasse verstärkt.

Jetzt erhielt die KPdSU einen Brief des Gen. Carillo, in dem erneut die Bitte ausgesprochen wird, eine Delegation der KP Spaniens zu empfangen. Die KPdSU wird sich nicht beeilen, dieses Treffen herbeizuführen. Vielleicht ist es aber notwendig, um die Positionen nochmals zu erläutern.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß wir den Bruderparteien in den kapitalistischen Ländern entsprechend unseren Möglichkeiten stärker auf ideologischem Gebiet helfen. Wir haben jetzt größere Möglichkeiten dazu, weil sich die Lage zu unseren Gunsten verbessert hat. Wir müssen die Entspannung für die entschiedene Offensive gegen Antikommunismus und Antisowjetismus nutzen. Wir schätzen deshalb auch die Beratung der Bruderparteien zu Fragen der Jugend hoch ein.

Gegenwärtig ist die Lage so, daß es 270 000 Mitglieder kommunistischer Jugendorganisationen, 750 000 Mitglieder sozialdemokratischer Jugendorganisationen und 2,25 Millionen Mitglieder christlicher Jugendorganisationen gibt. Die faschistische Jugend ist stärker als die kommunistische. Das zu verändern erfordert große Anstrengungen.

Die KPdSU begrüßt die Durchführung der theoretischen Konferenz zum 125. Jahrestag der Herausgabe des Kommunistischen Manifests in Berlin, die KPdSU wird dazu eine Delegation entsenden. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um unsere ideologische Arbeit auch in den kapitalistischen Ländern zu verstärken. Gegenwärtig vollzieht sich in Helsinki ein scharfer Kampf.

Der Imperialismus versucht, seine Ideen in unsere Länder zu infiltrieren. Trotz unserer Erfolge besteht kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Gerade auch nicht für die DDR, da sie besonders mit dem Imperialismus konfrontiert ist. Wir müssen uns darauf einstellen, diesen Versuch abwehren und den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern helfen.

2. Gen. Ponomarjow ging danach auf die von Gen. Axen speziell gestellten Fragen ein.

Zu Vietnam:

Die Unterzeichnung des Abkommens ist unser gemeinsamer Sieg. Die Führung der DRV spricht offen über die friedliche Wiedervereinigung des Landes. Die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sind, werden groß sein. Die USA haben das

Marionetten-Regime in Südvietnam gefestigt, bestimmte Teile der Bevölkerung Südvietnams wurden aufgeweicht. Die DRV muß auch diese Schwierigkeiten überwinden.

Trotzdem sind wir der Meinung, daß es ein entscheidender Sieg für uns war. Unser Bündnis wird sich weiter stärken und festigen. Die Führung der DRV verfolgt eine elastische Politik. Es ist richtig, daß sie die Hilfe der USA nicht ablehnt, obwohl die USA durch diese Hilfe ihre Verbrechen gegenüber Vietnam abschwächen will. Wichtig ist, daß keine politischen Bedingungen angenommen werden.

Die Pariser Konferenz kann zweifellos bestimmte positive Ergebnisse bringen. Aber das Saigoner Regime wird Schwierigkeiten machen. Die USA unterstützen das Saigoner Regime weiter, damit es erhalten bleibt.

Die Sowjetunion unterhält ständige Kontakte sowohl zu den vietnamesischen Genossen als auch zu den polnischen und ungarischen Genossen. Es besteht völlige Übereinstimmung in allen Fragen.

Was die ökonomische Unterstützung betrifft, so wird die Sowjetunion ihre Hilfe fortsetzen. Sie hat sofort neuen Wünschen des Gen. Pham van Dong entsprochen, einige Zivilflugzeuge, Hubschrauber und Autos zu liefern. Verteidigungsmaterial ist gegenwärtig in der DRV sehr viel angehäuft.

Die DRV-Führung nimmt gegenwärtig eine selbständige Position gegenüber den chinesischen Führern ein. Früher achtete die Führung der DRV sehr stark auf die Meinung der chinesischen Führer. In den Verhandlungen mit den USA hat China mehr zu Gunsten der USA als der DRV gesprochen. Das weiß die Führung

der DRV und handelt entsprechend.

Die Führung der DRV wünscht weder einen Einfluß der USA, noch einen chinesischen Einfluß in Indochina. Die Sowjetunion erhebt keinerlei Anspruch auf Einfluß in Indochina. Die chinesischen Führer sind bestrebt, Sihanouk in Kambodscha einzusetzen, um ihre Positionen zu sichern. Die DRV unterstützt das nicht. Sie will Herr im eigenen Hause sein.

Im späten Frühjahr bzw. im Frühsommer wird eine Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung des Gen. Pham van Dong erwartet. Gen. Pham van Dong wird über weitere materielle Hilfe und Unterstützung verhandeln wollen. Die KPdSU wird die SED darüber informieren. Zu einem späteren Zeitpunkt wird die KPdSU auch ihre Meinung zur Koordinierung der Hilfe für Vietnam darlegen.

Was die Entsendung eines Botschafters nach Südvietnam betrifft, so scheint es in erster Linie erforderlich zu sein, einen Sitz für die Regierung zu finden. Erst dann kann man einen Botschafter oder Vertreter nach Südvietnam entsenden. Die Sowjetunion unterhält jetzt Kontakt zur Provisorischen Regierung Südvietnams über ihre Botschaft in Hanoi, da die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams ihren Sitz gegenwärtig noch in Hanoi hat. In Moskau bestehen gute Beziehungen zum Botschafter der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnam. Der Botschafter bat kürzlich, seine Regierung stärker zu unterstützen. Das ist richtig, die Sowjetunion wird das tun und öffentlich demonstrieren.

Deshalb wurde der Botschafter auch von Gen. Kossygin empfangen. Weitere Aktionen in dieser Hinsicht werden vorbereitet.

Eine Delegation der Sowjetunion nahm an der Vietnamkonferenz, die kürzlich in Rom stattfand, teil. Diese Konferenz sollte eigentlich bereits vor Beendigung des Krieges stattfinden. Auf der Konferenz in Rom stand vor allem die Frage der materiellen Hilfe im Mittelpunkt. Die Sowjetunion wird ihre Hilfe und Unterstützung jedoch nicht mit dieser Konferenz verbinden. Trotzdem war die Initiative gut und die Sowjetunion wird weiter mitarbeiten.

Zum Nahen Osten:

Die KPdSU hat die SED bereits einige Male über die Lage im Nahen Osten informiert. Wir sind wie früher der Meinung, daß wir Ägypten, Irak, Syrien und Algerien weiter unterstützen sollten. Die Differenzierung verstärkt sich jedoch. Positiv ist die Lage in Syrien einzuschätzen, wo die Baath-Partei mit den Kommunisten zusammenarbeitet. In der Regierung arbeiten zwei Kommunisten als Minister. Das gab es bisher in keinem arabischen Land. Vor 10 Jahren waren die Kommunisten noch in den Gefängnissen, marxistische Literatur verboten. Jetzt arbeiten die Kommunisten in der Regierung, im Parlament und der Nationalen Front mit.

Auch im Irak arbeiten die Kommunisten in der Regierung mit. Die Kommunistische Partei hat lange Zeit um das Bündnis gerungen. Zu dieser Frage führte die KPdSU auch offene Ge-

Die SU unterstützt Chile, da es das zweite Land nach Kuba ist, das in Lateinamerika den Weg zum Sozialismus eingeschlagen hat. Kein imperialistischer Staat kann etwas dagegen sagen, weil alles im Rahmen der Verfassung erfolgt. Hinzu kommt, daß Chile eine geschickte Außenpolitik gegenüber den USA und den lateinamerikanischen Staaten verfolgt.

Was den Vorschlag des Gen. Axen betrifft, so ist die SU bereit, ihre Botschaft in Chile anzuweisen, enger mit den Beratern der DDR zusammenzuarbeiten, um stets eine gemeinsame Linie zu verfolgen.

Zu China:

Das ist ein schwieriges Thema. Die Sowjetunion hat alle Materialien an die Genossen der DDR übergeben.

Die Politik der chinesischen Führer wird immer aggressiver, antisowjetischer und antikommunistischer. Das alles hilft objektiv dem Imperialismus. Die Taktik ist klar, Sie versuchen, Beziehungen mit allen kapitalistischen, dritten und sozialistischen Ländern zu entwickeln, aber mit der Zielrichtung gegen die Sowjetunion. Sie nutzen dabei alle Möglichkeiten, auch in der publizistischen Arbeit. Täglich wird über den Rundfunk direkt 10 Stunden in die Sowjetunion gestrahlt. Obwohl das selbstverständlich keine Ergebnisse bringt, stellt die gesamte Politik eine große Gefahr dar.

Wir müssen über gemeinsame Maßnahmen der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft nachdenken. China ist ein Land mit 750 Millionen Menschen. Alle Argumente und Vorschläge der Sowjetunion wurden von den chinesischen Führern abgelehnt.

Die Lage in China selbst ist kompliziert. Solche Experimente wie der "Große Sprung" und die "Kulturrevolution" haben die Ökonomie zerrüttet. Die geringe Entwicklung steht in keinem Vergleich zur Entwicklung in anderen sozialistischen Ländern. Dabei muß man berücksichtigen, daß China faktisch 20 Jahre unter den Bedingungen des Friedens lebt. Die sozialistische Staatengemeinschaft schützt China. Trotzdem gibt es wenig Ergebnisse. Die Entwicklung auf ökonomischem Gebiet wird einseitig auf die Stärkung des militärischen Potentials konzentriert. Hier entwickelt sich eine neue ernste Gefahr.

Wir sollten nachdenken, wie wir gemeinsam gegen diese Gefahr kämpfen können.

Zu Griechenland:

Die KPdSU schätzt die neue Führung positiv ein. Wir haben Kontakt zu Florakis und unterstützen ihn. Die KPdSU bittet die SED ebenfalls, der neuen Führung der KP Griechenlands Hilfe und Unterstützung zu erweisen.

Zur Lage in der Tudeh-Partei:

Die Lage in der Partei ist nicht gut. Sie war lange in der Isolierung. Eine gute Arbeit leistet der nach dem Iran gerichtete Rundfunk. Der Schah sagte in Moskau, daß ihm der Rundfunk Unannehmlichkeiten bereitet. Die sowjetische Seite erwiderte, daß sie darauf keinen Einfluß hat und das Sache der Iraner sei. Die KPdSU wird die Partei weiter unterstützen.